

Niederschrift

**über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses
am 23.08.2012**

um 17:00 Uhr bis 19:40 Uhr in Remscheid, Rathaus, 2. Etage, Kleiner Sitzungssaal

Anwesend sind:

Vorsitzender

Herr Philipp Wallutat

Ratsmitglieder

Herr Fritz Beinersdorf

Herr York Edelhoff

Herr Wieland Gühne

Herr Peter Otto Haarhaus

Herr Stephan Jasper

Herr Thomas Kase

Vertretung für RM Arndt Mähler

Herr Michael Kleinbongartz (bis 18.15 Uhr)

Frau Elfriede Korff

Herr Markus Kötter

Vertretung für RM Norbert Schmitz

Herr Lothar Krebs

Frau Tanja Kreimendahl

Herr Klaus Mandt

Frau Susanne Pütz

Herr Bernd Quinting

Herr David Schichel

Vertretung für Frau RM Jutta Velte

Herr Peter-Edmund Uibel

Von der Verwaltung

Her Listner

Herr Diehl

Frau Möller

Herr Zimmermann

Herr Imig

Herr Wunder – Praktikant FD 0.14

Schriftführerin

Frau Mendryscha

Entschuldigt fehlen:

Ratsmitglied

Frau Jutta Velte

Tagesordnung

I. Öffentlich

- | | | |
|------------|---------|--|
| 1 | | Änderung/Erweiterung der Tagesordnung |
| 2 | | Niederschriften über die Sitzungen vom 02.02.2012 und 14.02.2012 |
| 3 | | Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung |
| 3.1 | 14/2231 | Sachstandsbericht Kassen- und Steueramt |
| 4 | | Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung |
| 4.1 | | Möglichkeiten von öffentlich-privaten Partnerschaften aus der Sicht der Rechnungsprüfung
mündlicher Bericht |
| 4.2 | | Wahrnehmung der Aufgaben nach dem "Bildungs- und Teilhabepaket" aus Sicht der Rechnungsprüfung
mündlicher Bericht |
| 5 | | Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung |
| 6 | | Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung |
| 7 | | Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung |
| 8 | | Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung |
| 8.1 | | Haushaltssicherungskonzept 2010
Produkt Rechnungsprüfung
- interkommunale Zusammenarbeit
- überörtliche Prüfung GPA
Anfrage von Herrn Jasper
Anfrage von Herrn Jasper |
| 8.2 | | überörtliche Prüfung des Gemeindeprüfungsamtes
Anfrage von Herrn Jasper |
| 9 | 14/2189 | 1. Programmprüfung Verfahren: HAESSLER
Version: 5.0.1.91 - Kommunal

2. Schnittstellenprüfung Pensionsrückstellung |

II. Nichtöffentlich

- | | | |
|------------|---------|--|
| 1 | | Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung |
| 2 | 14/2188 | Prüfungen bei der Feuerwehr |
| 3 | 14/2190 | Bericht über die Prüfung der Jahresrechnung 2011 des Vereins zur Förderung der Abfallwirtschaft Region Rhein - Wupper e.V. (AW RW) |
| 4 | 14/2191 | Bericht über die Prüfung der Betätigung der Stadt Remscheid als Gesellschafterin der AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH Wuppertal (AWG mbH) |
| 5 | | Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung |
| 5.1 | | Jahresabschlüsse 2009 ff
aktuelle Gesetzesinitiative des Landes zur Weiterentwicklung des NKF
mündlicher Bericht der Verwaltung |
| 5.2 | | Prüf- und Arbeitsplanung sowie Entwicklung der Rechnungsprüfung
mündlicher Bericht |
| 6 | | Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung |
| 7 | | Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung |
| 8 | | Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung |
| 9 | | Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung |

I. Öffentlich

1 . Änderung/Erweiterung der Tagesordnung

Es wird gebeten, unter TOP 2 auch die Niederschrift vom 14.02.2012 mit zu behandeln.

Die Tagesordnungspunkte 5.2 – Möglichkeiten von öffentlich-privaten Partnerschaften aus der Sicht der Rechnungsprüfung - und 5.3 – Wahrnehmung der Aufgaben nach dem „Bildungs- und Teilhabepaket“ aus Sicht der Rechnungsprüfung - sollen in den öffentlichen Teil der Sitzung verschoben und hier als neue Tagesordnungspunkte 4.1 und 4.2 behandelt werden.

Weitere Änderungen der Tagesordnung werden nicht gewünscht.

2 . Niederschriften über die Sitzungen vom 02.02.2012 und 14.02.2012

Die Niederschriften vom 02.02.2012 und 14.02.2012 werden in der vorgelegten Form einstimmig genehmigt.

3 . Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung

3.1 . Sachstandsbericht Kassen- und Steueramt Vorlage: 14/2231

Auf Anfrage führt Herr Zimmermann – ZD Verwaltungssteuerung und Informationstechnologie – aus, dass der Antrag der WiR-Fraktion, Ds.-Nr.: 14/2231, am 28.08.2012 im Verwaltungsvorstand beraten worden ist. Dort wurde festgelegt, dass ein schriftlicher Bericht für die Sitzung des Hauptausschusses am 13.09.2012 vorbereitet werden soll. Er bittet, diesen Bericht abzuwarten.

Herr Wallutat bittet die Verwaltung, die Mitteilungsvorlage – ergänzt um den zu diesem Zeitpunkt aktuellen Sachstand - auch für die nächste Sitzung des RPA vorzusehen. Entsprechendes wird zugesagt.

4 . Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung

4.1 . Möglichkeiten von öffentlich-privaten Partnerschaften aus der Sicht der Rechnungsprüfung mündlicher Bericht

Frau Möller – FD Rechnungsprüfung – erläutert, dass davon auszugehen ist, dass sich öffentlich-private Partnerschaften künftig vermehrt etablieren werden. Sie verweist auf einen entsprechenden Artikel aus der Taz, welcher die Vor- und Nachteile, die nach 5jähriger Ein-

führungsphase erkennbar sind, darstellt. Auch für Remscheid sind PPP/ÖPP-Projekte zum Beispiel im Bereich von Schulen oder Sporthallen vorstellbar.

Die bisher seitens des FD Rechnungsprüfung besuchten Informationsveranstaltungen haben gezeigt, dass zur Realisierung solcher Projekte die in der **Anlage 1** dargestellten Prozessabläufe gewährleistet sein müssen.

Die Bewilligungsbehörde steht der Realisierung von öffentlich-privaten Partnerschaften zum Einsatz privaten Kapitals zur Umsetzung von öffentlichen Aufgaben positiv gegenüber. Das Finanzministerium NRW hat zwz. eine PPP-Task Force als „ausführendes Organ“ der ÖPP-Initiative NRW ins Leben gerufen, welche einer Vorstellung ihrer Arbeit im Rat der Stadt Remscheid nicht abgeneigt ist.

Seitens des FD Rechnungsprüfung kann z. Z. festgestellt werden, dass die Einführung von PPP / ÖPP-Projekten durch den FD 14 begleitet wird und die bisherigen Vorbereitungen einen optimalen Einstieg für die verschiedenen alternativen Realisierungsmöglichkeiten gewährleisten.

Auf Anfrage von Herrn Gühne wird bestätigt, dass mehrere Kommunen (z. B. Marienheide, Hannover, Leverkusen) – auch im bergischen Umfeld – mit einer Umsetzung von öffentlich-privaten Partnerschaften begonnen haben.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt Kenntnis.

4.2 . Wahrnehmung der Aufgaben nach dem "Bildungs- und Teilhabepaket" aus Sicht der Rechnungsprüfung mündlicher Bericht

Frau Möller berichtet, dass das Bildungs- und Teilhabepaket Familien mit geringem Einkommen ermöglicht, ihren Kindern und Jugendlichen die Teilnahme z. B. an schulischen, kulturellen und anderen Aktivitäten zu gewähren und damit bessere Chancen für ihre Bildung und Zukunft eröffnet.

Vom Grundsatz her ist das Programm positiv zu bewerten, der hierdurch anfallende Mehraufwand im administrativen Bereich sowohl im Job-Center als auch in der Verwaltung führte zur Überlastung der vorhandenen Kapazitäten, so dass in der Anfangszeit eingehende Anträge nur schleppend bearbeitet werden konnten. Es fehlte an der notwendigen Ausführungsverordnung, an der richtigen EDV-Unterstützung und am notwendigen Personal.

Die Anfangsschwierigkeiten konnten in der Zwischenzeit zum Teil behoben werden, so dass eine zügigere Bearbeitung erfolgt.

So wurden im Bereich Wohngeld 1000 rückständige Anträge bis Ende 2011 abgearbeitet, in der Zeit vom 01.01.2012 bis 22.08.2012 weitere insgesamt 2776 Anträge, max. 400 Anträge sind noch offen.

In 2011 wurden im Rahmen der Wohngeldbewilligung BuT-Leistungen in Höhe von 85.000,-- und in der Zeit vom 01.01.2012 bis 31.07.2012 weitere 163.000,-- bewilligt und ausgezahlt.

Es sind 5 Schulsozialarbeiter für die Antragsbearbeitung abgestellt und werden über BuT refinanziert. Darüber hinaus stehen für die Abarbeitung dieser Anträge im Fachdienst keine weiteren Kräfte zur Verfügung.

Im Sozialhilfebereich konnten darüber hinaus Mittel in Höhe von 392.000,-- für 2011 und weitere Mittel in Höhe von 365.000,-- im ersten Quartal 2012 unmittelbar an die Anbieter ausgezahlt werden. Eine Refinanzierung der Personalkosten erfolgt hier nicht.

Bezogen auf die Bezuschussung der Essensausgabe in Schulen bestätigt Frau Möller, dass Gutscheine nur vom Antragsteller selbst eingelöst werden können; das Kontrollverfahren ist aufwändig.

Der ZD 0.14 wird die Angelegenheit weiterhin begleiten und ist optimistisch, dass die administrative Abwicklung künftig weiter optimiert werden kann.

Auf Anfrage von Herrn Gühne teilt Frau Möller mit, dass der durch die Einführung bei der Verwaltung entstandene Mehraufwand im Rahmen einer Organisationsuntersuchung ermittelt wird. Den veränderten Verhältnissen wird z. Z. durch Anpassung der Öffnungszeiten Rechnung getragen, so z. B. hat die Wohngeldstelle zur Abarbeitung der Anträge in Spitzenzeiten einen Tag pro Woche geschlossen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

5 . Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung

Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

6 . Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung

Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung werden nicht vorgetragen.

7 . Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung

Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

8 . Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung

8.1 . Haushaltssicherungskonzept 2010 Produkt Rechnungsprüfung - interkommunale Zusammenarbeit - überörtliche Prüfung GPA Anfrage von Herrn Jasper Anfrage von Herrn Jasper

Herr Jasper nimmt Bezug auf das Haushaltssicherungskonzept 2010 und erkundigt sich bezogen auf das Produkt „Rechnungsprüfung“ nach dem Stand der interkommunalen Zusammenarbeit der Rechnungsprüfungsämter und der Einführung eines Bauinvestitionscontrollings.

Herr Listner führt aus, dass die interkommunale Zusammenarbeit z. Z. stagniert, da viele gemeinsame Projekte aus Kapazitätsgründen nicht fortgeführt wurden. Einige Projekte können erst weitergeführt werden, wenn ausgeschlossen werden kann, dass die Einspareffekte nicht durch die hierfür zu erhebende Umsatzsteuer zunichte gemacht werden, z. B. wenn Personal für die Erledigung von Arbeitsaufträgen für andere Kommunen gestellt wird.

Das Bundesfinanzministerium hat zugesagt, bis Ende des Jahres Stellung zu dieser Problematik zu nehmen.

Zur Einführung des Bauinvestitionscontrollings liegt ein Statement des FD Rechnungsprüfung vor; Frau Schütte hat dem FD Gebäudemanagement ihrerseits den Auftrag zur Erarbeitung eines fachbezogenen Vorschlages erteilt, dieser liegt bisher nicht vor.

8.2 . überörtliche Prüfung des Gemeindeprüfungsamtes Anfrage von Herrn Jasper

Herr Jasper erkundigt sich nach der für März 2012 angekündigten überörtlichen Prüfung des Gemeindeprüfungsamtes.

Herr Listner erklärt, dass die angekündigte überörtliche Prüfung aufgrund der Aufgaben im Rahmen des Stärkungspakets verschoben wurde und voraussichtlich erst 2013 erfolgen wird.

Herr Zimmermann ergänzt, dass einleitende Gespräche zur Vorbereitung der Durchführung einer IT-Prüfung im Frühjahr 2013 bereits geführt wurden. Darüber hinaus wurde seitens des GPA eine Prüfliste erarbeitet. Bei der Prüfung soll auf die Grunddaten der Vorjahre aufgebaut werden. Z. Z. laufen Überlegungen hinsichtlich einer veränderten Aufbereitung der Kennzahlen.

**9 . 1. Programmprüfung Verfahren: HAESSLER
Version: 5.0.1.91 - Kommunal**

**2. Schnittstellenprüfung Pensionsrückstellung
Vorlage: 14/2189**

Bezogen auf die gestellten Anfragen erläutert Herr Listner, dass das Verfahren „Haessler“ ein finanzmathematisches Verfahren zur Berechnung der Pensionsrückstellungen pro Kopf und Jahr ist, das den Anspruch der beschäftigten Beamten und Pensionäre wertmäßig erfasst. Bei dem Verfahren handelt es sich um eine Nebenbuchhaltung zur Finanzbuchhaltung, die darstellende Funktion hat. Dies bedeutet nicht, dass entsprechende liquide Mittel in der Bilanz ausgewiesen sein müssen, es muss aber entsprechendes Vermögen nachgewiesen sein und verfügbar gemacht werden können, wenn die Verpflichtungen aus der Rückstellung fällig werden.

Pensionsrückstellungen erfolgen seit dem 01.01.2008.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Verwaltungsvorlage zur Kenntnis.

Philipp Wallutat
Vorsitzender

Mendrysha
Schriftführerin